

STATUTEN DES VEREINS JUNGE LINKE

Beschlossen am 07.01.2023

- § 1 Name und Sitz
- § 2 Ziel, Zweck und Grundsätze
- § 3 Erreichung des Vereinszweckes
- § 4 Mitglieder des Vereins
- § 5 Gliederung und Organe
- § 6 Landesorganisationen
- § 7 Bezirksgruppen
- § 8 Allgemeine Verfahrensbestimmungen
- § 9 Bundeskongress
- § 10 Bundesausschuss
- § 11 Bundesvorstand
- § 12 Landeskongress
- § 13 Landesausschuss
- § 14 Landesvorstand
- § 15 Geschäftsbereiche
- § 16 Arbeitsforen
- § 17 Alumni-Netzwerk
- § 18 Schiedsgericht
- § 19 Rechnungsprüfer:innen
- § 20 Auflösung und Verschmelzung des Vereins
- § 21 Statutenänderungen

§ 1 Name und Sitz

- 1.1. Die Organisation trägt den Namen „Junge Linke“. Die Bezeichnungen „Linke Jugend“, „Linksjugend“, sowie die dafürstehenden Kurzbezeichnungen „LJ“ oder „JL“ sind zulässig. Ihr Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf das gesamte Bundesgebiet, aber auch auf internationale Zusammenarbeit.
- 1.2. Sitz der Organisation ist in Wien.

§ 2 Zweck, Ziele und Grundwerte der Organisation

- 2.1. Die Grundwerte der Organisation lauten: solidarisch, feministisch, antikapitalistisch, basis- demokratisch, gewaltfrei, antifaschistisch, international, selbstbestimmt, egalitär und ökologisch.
- 2.2. Der Zweck des Vereins ist Jugendliche zu aktivem politischen Engagement im Sinne der Grundsätze zu motivieren, geschlechtergerechtes und geschichtliches Bewusstsein zu stärken, Integration von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen voranzutreiben, antirassistisches Verständnis zu schaffen und umweltbewusste und solidarische Lebensweisen zu bestärken.
- 2.3. Faschistische, rassistische, militaristische, homophobe und sexistische Verhalten und Äußerungen haben in unserer Organisation keinen Platz.
- 2.4. Auf Beschluss des Bundeskongresses erlässt dieser ein Grundsatzprogramm. Die Grundsätze der Bildungsarbeit können gesondert festgehalten werden und sind jedenfalls vom Bundeskongress zu beschließen.

- 2.5. Die Tätigkeit der Jungen Linken ist nicht gewinnorientiert. Zufallsgewinne sind entweder sofort oder über eine Rücklage anderen Tätigkeiten des Vereines zuzuführen.

§ 3 Erreichung des Vereinszwecks

3.1. Politische Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes sind insbesondere

- 3.1.1. Zur Erfüllung des Vereinszweckes tritt die „Junge Linke“ als Organisatorin von politischen Aktionen, Veranstaltungen und Unternehmungen in der Öffentlichkeit auf und versucht überdies durch Pressearbeit, Printmedien und Publikationen politisches Bewusstsein im Sinne der in §2 Abs. 2 genannten Grundwerte zu schaffen. Weitere Tätigkeiten sind kulturelle Veranstaltungen und Aktionen, die einen notwendigen Beitrag zur politischen Bildung leisten.
- 3.1.2. Zur Erfüllung der Ziele der Organisation wird ein hohes Maß an kritischer Bildungsarbeit gleichauf mit der Vermittlung von Fähigkeiten in politischer Kommunikation und Organisation im Sinne der Grundsätze als unbedingt notwendig erachtet. Sämtliche Tätigkeiten sind nicht gewinnorientiert.

3.2. *Finanzielle Mittel des Vereins:*

3.3. Finanzielle Mittel werden aufgebracht durch:

- 3.3.1. Mitgliedsbeiträge und Besteuerung von MandatarInnen.
- 3.3.2. Subventionen öffentlicher und privater Stellen.
- 3.3.3. Erträge aus Veranstaltungen, Publikationen, eigenen Unternehmungen und sonstigen Zuwendungen.
- 3.3.4. Erbschaften und Schenkungen.

3.4. Alle dem Verein zur Verfügung stehenden Mittel dürfen ausschließlich zur Erreichung des Vereinszweckes verwendet werden. Gewinnbeteiligungen und Ausschüttungen jedweder Art an Mitglieder oder sonstige Personen sind verboten.

3.5. Bei Ausscheiden aus oder bei Auflösung des Vereins dürfen die Mitglieder nicht mehr als den eingezahlten Kapitalanteil und den Wert ihrer Sacheinlage erhalten. Bei Auflösung, Aufhebung oder Wegfall des bisherigen Vereinszweckes ist das Vereinsvermögen von dem/der EmpfängerIn, dem Vereinszweck oder Zwecken der Sozialhilfe zuzuführen.

§ 4 Mitglieder des Vereins

4.1. *Mitglieder:*

4.1.1. Der Verein hat drei Formen der Mitgliedschaft:

- 4.1.1.1. ordentliche Mitglieder
- 4.1.1.2. Alumni-Mitglieder
- 4.1.1.3. Fördermitglieder

4.1.2. Wenn nicht anders ausgeführt, beziehen sich „Mitglied“ bzw. „Mitglieder“ stets ausschließlich auf ordentliche Mitglieder. „Rechte der Mitglieder“ beziehen sich, wenn nicht anders ausgeführt auf Rechte ordentlicher Mitglieder.

4.1.3. Mitglied können natürliche Person bis zum 30. Lebensjahr werden, die im Sinne der Grundwerte und Programme der Jungen Linken tätig werden wollen und einen regelmäßigen Mitgliedsbeitrag zahlen. Mit vollendetem 30. Lebensjahr werden Mitglieder automatisch zu Alumni-Mitgliedern.

4.1.4. Alumni-Mitglieder sind nicht stimmberechtigte ehemalige ordentliche Mitglieder, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, sich zu den Grundsätzen der Organisation bekennen und den Verein unterstützen. Für Alumni-Mitglieder besteht keine Altersgrenze. Den Mindestmitgliedsbeitrag für Alumni-Mitglieder legt der Bundesvorstand fest.

- 4.1.5. Fördermitglieder sind nicht stimmberechtigende Mitglieder die sich zu den Grundsätzen der Organisation bekennen und den Verein unterstützen. Für Fördermitglieder besteht keine Altersgrenze. Den Mindestmitgliedsbeitrag für Fördermitglieder legt der Bundesvorstand fest.
- 4.1.6. Der Verein führt ein zentrales Verzeichnis der Mitglieder.
- 4.1.7. Teilorganisationen können juristische Personen (Vereine) oder Organisationseinheiten, die politische und administrative Strukturen festhalten, sein, soweit sie dem Statut des Vereins „Junge Linke“ entsprechen. Festlegung und Änderungen der Strukturen der Teilorganisationen haben in Absprache mit dem Bundesvorstand zu erfolgen.

4.2. **Erwerb der Mitgliedschaft:**

- 4.2.1. Der Beitritt erfolgt durch schriftliche Erklärung. Beitrittserklärungen sind von allen Organen des Vereins unmittelbar nach Erhalt an den Bundesvorstand weiterzuleiten. Der Bundesvorstand genehmigt den Beitritt.
- 4.2.2. Die Mitgliedschaft beginnt nach Genehmigung des Beitritts mit der Entrichtung des ersten Mitgliedsbeitrags.
- 4.2.3. Wer der Bundesorganisation, das heißt dem Verein „Junge Linke“ beitrifft kann durch Bekanntgabe gleichzeitig einer Teilorganisation beitreten. Wenn keine Teilorganisation bekannt gegeben wird, kann der Bundesvorstand das Mitglied einer nächstgelegenen Teilorganisation zuteilen.

4.3. **Beendigung der Mitgliedschaft:**

- 4.3.1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Streichung, Ausschluss oder Tod. Ein Austritt ist schriftlich an die Bundesorganisation zu richten.
- 4.3.2. Die Mitgliedschaft erlischt für jene natürlichen Personen, die in zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren und nach mehrmaliger schriftlicher Aufforderung keinen Mitgliedsbeitrag einbezahlt haben und deren Streichung durch den Bundesvorstand erfolgt ist. Nach Nachzahlung der offenen Mitgliedsbeiträge kann ein Wiedereintritt erfolgen.
- 4.3.3. Der Ausschluss natürlicher Personen erfolgt durch den Bundesausschuss. Tagt der Bundesausschuss nicht, kann der Bundesvorstand das Stimmrecht bis zur Tagung des Bundesausschusses durch schriftliche Begründung ruhend stellen. Gegen die Entscheidung des Bundesausschusses kann binnen 2 Wochen nach der Entscheidung schriftlich Einspruch beim Schiedsgericht eingebracht werden. Bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts ist das Stimmrecht ruhend gestellt. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig.
- 4.3.4. Ein Ausschluss ist durch grobe Verstöße gegen die im § 2 formulierten Grundwerte, bei groben Verstößen gegen die Vereinsinteressen oder mehrfaches Missachten der Mitgliedspflichten möglich.

4.4. **Beitritt und Austritt von Organisationen zum/vom Verein:**

- 4.4.1. Juristische Personen und Zusammenschlüsse von Personen können dem Verein durch schriftlichen Antrag an den Bundesvorstand beitreten und somit Teilorganisationen werden. Die Genehmigung des Antrags und damit die Aufnahme als Teilorganisation obliegt dem Bundesausschuss mit 2/3-Mehrheit. Die Organisation ist ab der Aufnahme durch den Beschluss Mitglied im Sinne einer Teilorganisation mit allen Rechten und Pflichten, die sie gegenüber dem Verein „Junge Linke“ hat. Der Beschluss muss dem darauffolgenden Bundeskongress zur Bestätigung vorgelegt werden.
- 4.4.2. Eine Teilorganisation beendet die Mitgliedschaft durch schriftlichen Austritt an den Bundesvorstand, Auflösung als juristische Person oder Bekanntgabe der Auflösung als Organisationseinheit im Sinne des §4 Abs. 1 des Statuts schriftlich an den Bundesvorstand. Der Bundesausschuss kann einen Ausschluss der Teilorganisation mit 2/3-Mehrheit wegen groben Verstoßes gegen die im §2 des Statuts formulierten Grundwerte oder grober Verstöße gegen die Interessen des Vereins vollziehen.

4.5. **Rechte ordentlicher Mitglieder:**

- 4.5.1. Recht auf Sitzungsteilnahme: Jedes Mitglied hat das Recht an Sitzungen des Bundeskongresses, des Bundesausschusses, des Bundesvorstands, des Schiedsgerichts, sowie den Mitgliederversammlungen der Teilorganisationen, in denen sich das Mitglied aktiv beteiligt, teilzunehmen.
 - 4.5.1.1. Stimmrecht: Jedes Mitglied ist bei Bundeskongressen stimmberechtigt.
 - 4.5.1.2. Wahlrecht: Jedes Mitglied hat das aktive und passive Wahlrecht.
 - 4.5.1.3. Antragsrecht: Jedes Mitglied hat das Recht Anträge an den Bundeskongress, den Bundesausschuss, den Bundesvorstand sowie die Mitgliederversammlung der Teilorganisationen, in denen sich das Mitglied aktiv beteiligt, zu stellen. Die Anträge haben dem im Statut festgelegten Aufgabenbereich des jeweiligen Gremiums zu betreffen.
 - 4.5.2. Recht auf schriftliche Anfragen: Jedes Mitglied hat das Recht, an den Bundesvorstand schriftliche Anfragen zu richten. Diese Anfragen müssen binnen drei Wochen nach der nächsten Bundesvorstandssitzung beantwortet werden.
 - 4.5.3. Recht auf Anrufung des Schiedsgerichts.
 - 4.5.4. Recht auf Stellung eines Misstrauensantrags.
- 4.6. Rechte der Alumni-Mitglieder:
- 4.6.1. Jedes Alumni-Mitglied hat das Recht auf Teilnahme am jährlichen Alumni-Treffen.
 - 4.6.2. Jedes Alumni-Mitglied hat das Recht auf einen jährlichen Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands.
 - 4.6.3. Jedes Alumni-Mitglied hat das Recht auf Einsicht in das Jahresbudget und die Jahresbilanz.
 - 4.6.4. Recht auf schriftliche Anfragen: Jedes Alumni-Mitglied hat das Recht, an den Bundesvorstand schriftliche Anfragen zu richten. Diese Anfragen müssen binnen drei Wochen nach der nächsten Bundesvorstandssitzung beantwortet werden.
- 4.7. Rechte der Fördermitglieder:
- 4.7.1. Jedes Fördermitglied hat das Recht auf einen jährlichen Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands.
 - 4.7.2. Jedes Fördermitglied hat das Recht auf Einsicht in das Jahresbudget und die Jahresbilanz.
 - 4.7.3. Recht auf schriftliche Anfragen: Jedes Fördermitglied hat das Recht, an den Bundesvorstand schriftliche Anfragen zu richten. Diese Anfragen müssen binnen drei Wochen nach der nächsten Bundesvorstandssitzung beantwortet werden.
- 4.8. Pflichten der Mitglieder:
- 4.8.1. Unterstützung des Vereins und seiner Ziele: Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Grundwerte und Grundsatzbeschlüsse des Vereins zu achten und sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die politischen Ziele der Jungen Linken einzusetzen.
 - 4.8.2. Leistung eines Mitgliedsbeitrags: Jedes Mitglied ist verpflichtet regelmäßig einen Mitgliedsbeitrag an die Bundesorganisation zu leisten, dessen Höhe der Bundeskongress festlegt. Zumindest 40% des Mitgliedsbeitrags sind durch die Bundesorganisation lokalen Tätigkeiten des Vereins zuzuführen.

§ 5 Gliederung und Organe

- 5.1. Gliederung:
- 5.1.1. Bundesorganisation
 - 5.1.2. Landesorganisationen
 - 5.1.3. Bezirksgruppen
- 5.2. Organe:
- 5.2.1. Bundeskongress

- 5.2.2. Bundesvorstand
- 5.2.3. Bundesausschuss
- 5.2.4. Landeskongress
- 5.2.5. Landesvorstand
- 5.2.6. Landesausschuss
- 5.2.7. Geschäftsbereiche
- 5.2.8. Arbeitsforen
- 5.2.9. Alumni-Netzwerk
- 5.2.10. Schiedsgericht
- 5.2.11. RechnungsprüferInnen

§ 6 Landesorganisationen

6.1. Grundlagen:

- 6.1.1. Landesorganisationen sind die bundesländerweite Organisation des Vereins als Teilorganisation. In jedem Bundesland kann nur eine Landesorganisation aktiv sein.
- 6.1.2. Die Landesorganisationen sind an die grundsätzlichen Beschlüsse des Vereins gebunden und treten nach außen erkennbar als Landesorganisationen der Jungen Linken auf.
- 6.1.3. Die Landesorganisation wählt auf ihrem Landeskongressjährlich eine/n Landesvorstand. Der Landesvorstand ist Ansprechstelle für den Bundesvorstand.
- 6.1.4. Die Landesorganisation ist für die Koordination, den Aufbau, sowie die politische Unterstützung der Bezirksgruppen in ihrem Wirkungsbereich zuständig.

6.2. Aufnahme, Auflösung und Ausschluss:

- 6.2.1. Die Aufnahme von Landesorganisationen erfolgt durch den Bundesausschuss, und muss durch den Bundeskongress bestätigt werden.
- 6.2.2. Bei groben Verstößen gegen die Vereinsinteressen, das Statut oder die Grundwerte kann der Bundesausschuss die Landesorganisation ausschließen.
- 6.2.3. Die Stimmberechtigung im Bundesausschuss erfolgt mit der Aufnahme durch den Bundesausschuss. Bei zwischenzeitlicher Nichterfüllung der Voraussetzungen zur Aufnahme ist das Stimmrecht am Bundesausschuss automatisch ausgesetzt, bis die Voraussetzungen wieder erfüllt werden.
- 6.2.4. Voraussetzungen für die Aufnahme sind:
 - 6.2.4.1. mindestens 15 zahlende Mitglieder in zumindest drei Bezirksgruppen.
 - 6.2.4.2. einmal jährlich Mitgliederversammlung.
 - 6.2.4.3. nachweisbare Aktivitäten im Bundesland.
- 6.2.5. Sobald die in § 6, Abs. 2.4. genannten Anforderungen nachweislich nicht mehr erfüllt sind, kann der Bundesvorstand die Auflösung der Landesorganisation vollziehen. Eine Erneute Aufnahme ist jederzeit wieder möglich, sobald die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

§ 7 Bezirksgruppen

7.1. Grundlagen:

- 7.1.1. Bezirksgruppen sind die lokale Organisation des Vereins.
- 7.1.2. Die Bezirksgruppen organisieren sich prinzipiell gemäß politischer Bezirke, Ausweitungen dessen sind bei Bedarf möglich.

- 7.1.3. Die Bezirksgruppen sind an die grundsätzlichen Beschlüsse des Vereins gebunden und treten nach außen erkennbar als Bezirksgruppen der Jungen Linken auf.
 - 7.1.4. Die Bezirksgruppe wählt bei ihrem Bezirkstreffen jährlich einen Bezirksvorstand. Der Bezirksvorstand besteht aus BezirkssprecherIn und BezirkssprecherIn-StellvertreterIn. Der/die BezirkssprecherIn ist Ansprechperson für den Bundesvorstand und vertritt die Bezirksgruppe nach außen. Er/sie leitet die Gruppe.
 - 7.1.5. Der Bezirksvorstand ist für 1 Jahr zu wählen und kann, sofern nötig, auf 3 Personen erweitert werden.
- 7.2. **Aufnahme, Auflösung und Ausschluss:**
- 7.3. Die Aufnahme von Bezirksgruppen erfolgt durch den Bundesausschuss, welche durch den Bundeskongress bestätigt werden müssen.
 - 7.4. Bei groben Verstößen gegen die Vereinsinteressen, das Statut oder die Grundwerte kann der Bundesausschuss die Bezirksgruppe ausschließen.
 - 7.5. Die Stimmberechtigung im Bundesausschuss erfolgt mit der Aufnahme durch den Bundesausschuss. Bei zwischenzeitlicher Nichterfüllung der Voraussetzungen zur Aufnahme ist das Stimmrecht am Bundesausschuss und am Landesausschuss automatisch ausgesetzt, bis die Voraussetzungen wieder erfüllt werden.
 - 7.6. Voraussetzungen für die Aufnahme sind:
 - 7.6.1. mindestens 5 zahlende Mitglieder.
 - 7.6.2. einmal jährlich Jahresmitgliederversammlung.
 - 7.6.3. nachweisbare Aktivitäten im Bezirk.
 - 7.6.4. ein gewählter Vorstand
 - 7.7. Sobald die in § 7, Abs. 2.4. genannten Anforderungen nachweislich nicht mehr erfüllt sind, kann der Bundesvorstand die Auflösung der Bezirksgruppe vollziehen. Eine Erneute Aufnahme ist jederzeit wieder möglich, sobald die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

§ 8 Allgemeine Verfahrensbestimmungen

- 8.1. **Beschlüsse:**
 - 8.1.1. Beschlüsse innerhalb der Jungen Linken werden mit einfacher Mehrheit gefällt, sofern im Statut keine andere Regelung dafür vorgesehen ist.
 - 8.1.2. Abstimmungen erfolgen generell offen. Ein Fünftel der anwesenden Stimmberechtigten kann jedoch eine geheime Abstimmung beantragen.
 - 8.1.3. Personalentscheidungen und Wahlen haben in geheimer Abstimmung zu erfolgen.
 - 8.1.4. Enthaltungen: Es gibt keine Möglichkeit sich bei Abstimmungen zu enthalten. Eine Nichtzustimmung ist als Ablehnung des Antrags zu werten.
- 8.2. **Gremien:**
 - 8.2.1. Beschlussfähigkeit: Jedes Gremium (mit Ausnahme des Schiedsgerichts) ist bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Stimmberechtigten beschlussfähig. Das Schiedsgericht ist nur bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder beschlussfähig. Der Bundeskongress und der Bundesausschuss sind jedenfalls eine halbe Stunde nach Sitzungsbeginn beschlussfähig und bleiben es, solange die Hälfte der eine halbe Stunde nach Sitzungsbeginn anwesenden Stimmberechtigten anwesend ist.
 - 8.2.2. Tagesordnung: Der Beschluss über die endgültige Tagesordnung obliegt jeweils dem tagenden Gremium (Organen) und hat am Beginn der Sitzung zu erfolgen.
 - 8.2.3. Geschäftsordnung: Jedes Organ braucht eine Geschäftsordnung, die durch den Bundesausschuss zu genehmigen ist. Bei Bedarf können Geschäftsordnungen für alle Organe auch durch den Bundeskongress beschlossen werden. Die Geschäftsordnung hat Regelungen zur Moderation, den Ablauf der Sitzung, die

- Erstellung der Tagesordnung, Redezeiten, den Modalitäten zur Behandlung von Anträgen sowie zur Wahlordnung zu beinhalten.
- 8.2.4. Protokoll: Von jeder Sitzung eines Organs ist ein Beschlussprotokoll anzufertigen. Dieses muss in der darauffolgenden Sitzung des Organs bestätigt werden und ist nach Bestätigung allen Mitgliedern auf Anfrage zugänglich zu machen.
- 8.2.5. Keine Person darf Funktionen länger als acht Funktionsperioden ausüben, wobei die Tätigkeit als RechnungsprüferIn oder SchiedsrichterIn nicht zur Tätigkeitsdauer der weiteren Funktionen aufgerechnet wird. Eine bestimmte Funktion kann maximal sechs Funktionsperioden durchgehend wahrgenommen werden.
- 8.2.6. Funktionsperioden für gewählte Positionen im Verein dauern grundsätzlich ein Jahr. Die Funktionsperiode des Bundesvorstands dauert zwei Jahre. Sobald die Hälfte der ursprünglich gewählten Mitglieder aus ihrer Funktion ausscheiden, sind Neuwahlen durchzuführen. Die Funktionsdauer der gewählten Gremien endet mit der Konstituierung des von der beschlussfassenden Versammlung neu gewählten Gremiums.
- 8.2.7. Dringlichkeitsanträge, Anträge, die direkt in der Sitzung eingebracht werden, bedürfen einer Zulassung von zwei Dritteln der Stimmberechtigten, um behandelt zu werden. Die Abwahl von Funktionen und Statutenänderungen sind nicht durch dringliche Anträge möglich.
- 8.2.8. Sitzung in Klausur: Die Sitzungen aller Organe der Jungen Linken können mit Beschluss zu Beginn der Sitzung gegenüber der Öffentlichkeit geschlossen werden. Sitzungen bzw. einzelne Tagesordnungspunkte können nach Abstimmung zu Beginn der Sitzung in Klausur abgehalten werden. Der Zugang ist dann ausschließlich für stimmberechtigte Personen, Mitglieder des Bundesvorstands und geladene Personen zu gestatten. Alle in Klausur gefassten Beschlüsse sind in einem Beschlussprotokoll festzuhalten und den Mitgliedern zugänglich zu machen.
- 8.2.9. Mindestparität: Die Anzahl der Frauen im Verhältnis zu der der Männer muss für alle gewählten Organe und FunktionärInnenzahlen in den Gremien des Vereins "Junge Linke" mindestens gleich hoch sein.
- 8.2.10. Internationale Bewerbungen: Bewerbungen von Mitgliedern für Ausschreibungen auf internationaler Ebene müssen dem Bundesvorstand zur Kenntnis gebracht und von ihm genehmigt werden.
- 8.2.11. Bei sich mit diesen Statuten widersprechenden Statuten eines Vereins einer Teilorganisation ist dieses Statut sinngemäß anzuwenden.

§ 9 Bundeskongress

9.1. Grundlage & Einberufung:

- 9.1.1. Der Bundeskongress ist das oberste entscheidende Organ der Organisation. Dessen Beschlüsse sind für alle anderen Organe (ausgenommen das Schiedsgericht) bindend.
- 9.1.2. Der Bundeskongress besteht aus den Mitgliedern der Jungen Linken.
- 9.1.3. Der Bundeskongress tagt mindestens alle zwei Jahre. Er wird vom Bundesvorstand einberufen und geleitet.
- 9.1.4. Die Einladung ergeht schriftlich oder per E-Mail an alle Mitglieder, wobei die vorläufige Tagesordnung, sowie ein Vorschlag für Ort und Termin enthalten sein müssen. Die Einladung muss mindestens sechs Wochen vor dem Bundeskongress den Mitgliedern zugesandt werden.
- 9.1.5. Der Bundeskongress kann Beschlüsse aller anderen Organe (ausgenommen des Schiedsgerichts) aufheben und abändern, Neuwahlen von Funktionen ausschreiben und abhalten. Beschlüsse des Bundeskongresses können nur von diesem selbst aufgehoben werden.

9.2. Antragsstellung:

- 9.2.1. Anträge an den Bundeskongress müssen zwei Wochen vor der Sitzung beim Bundesvorstand eingebracht werden. Die Frist für Statutenanträge beträgt vier Wochen.
- 9.2.2. Abänderungs-, Ergänzungs- und Gegenanträge zu Anträgen können bis eine Woche vor der Sitzung beim Bundesvorstand eingebracht werden. Später eingelangte Abänderungs-, Ergänzungs- und Gegenanträge sind wie Dringlichkeitsanträge zu behandeln. Einigen sich die Antragsteller:innen des ursprünglich eingebrachten Antrags mit den Antragssteller:innen eines diesbezüglichen Abänderungs-, Ergänzungs- oder Gegenantrags auf einen gemeinsamen, konsolidierten Antrag, kann dieser mit Zustimmung aller Antragssteller:innen beider Anträge bis am Vortag der Eröffnung des Bundeskongresses eingebracht werden. Hinsichtlich der gegenüber dem ursprünglichen Antrag inhaltlich veränderten oder ergänzten Teile können bis zum Schluss des entsprechenden Tagesordnungspunkts Abänderungs-, Ergänzungs- und Gegenanträge eingebracht werden.

9.3. **Aufgaben des Bundeskongresses / Einfache Mehrheit:**

- 9.3.1. Behandlung fristgerecht eingebrachter Anträge.
- 9.3.2. Beschlussfassungen zur grundlegenden Ausrichtung des Vereins, Grundsatzprogrammen und Schwerpunktsetzung.
- 9.3.3. Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsberichts des Bundesvorstands, sowie finanzielle Entlastung des Bundesvorstands.
- 9.3.4. Bestätigung der Aufnahme und Ausschluss von Teilorganisationen.
- 9.3.5. Beschlussfassung über die Höhe und Modalitäten des Mitgliedsbeitrags (auf Vorschlag des Bundesvorstands).
- 9.3.6. Beschlussfassung über den durch den Bundesvorstand eingebrachten Jahresvoranschlag.
- 9.3.7. Bestätigung von Anstellungen und Aufwandsentschädigungen.
- 9.3.8. Wahl der Mitglieder des Bundesvorstands, zwei Rechnungsprüfer:innen, sowie der/des Vorsitzenden des Schiedsgerichts.

9.4. **Aufgaben des Bundeskongresses / Zweidrittelmehrheit:**

- 9.4.1. Änderung des Statuts.

9.5. **Aufgaben des Bundeskongresses / Auflösung des Vereins:**

- 9.5.1. Für die Auflösung und Verschmelzung des Vereins muss ein eigener Bundeskongress einberufen werden, der die Auflösung mit einer 3/4-Mehrheit beschließt. Der Beschluss zur Verfügung über das Vereinsvermögen bedarf einer einfachen Mehrheit.

9.6. **Außerordentlicher Bundeskongress:**

- 9.6.1. Ein Außerordentlicher Bundeskongress ist einzuberufen auf Beschluss des Bundeskongresses; auf Antrag von 10% der Mitglieder, des Bundesvorstands, des Bundesausschusses, einer/m Rechnungsprüfer:in, des Schiedsgerichts.
- 9.6.2. Statutenänderungen, sowie die Auflösung oder Verschmelzung des Vereins können nicht beschlossen werden.
- 9.6.3. Wenn hier nicht anders geregelt gelten die Bestimmungen für den ordentlichen Bundeskongress sinngemäß für den Außerordentlichen Bundeskongress.

§ 10 Bundesausschuss

10.1. **Grundlage & Einberufung:**

- 10.1.1. Der Bundesausschuss ist ein dauerhaft eingerichtetes Organ. Der Bundesausschuss besteht aus den Mitgliedern jedes Landes- und Bezirksvorstands und dem Bundesvorstand.
- 10.1.2. Pro Bezirksgruppe sind maximal zwei Mitglieder des Bezirksvorstands und pro Landesorganisation sind maximal 4 Mitglieder des Landesvorstands, paritätisch besetzt, Teil des Bundesausschusses. Die Mitglieder des Bundesvorstands sind nicht stimmberechtigter Teil des Bundesausschusses.
- 10.1.3. Der Bundesausschuss kontrolliert die laufende Arbeit des Bundesvorstands. Zur Durchführung eines ordentlichen Bundeskongresses ist ein vorbereitender Bundesausschuss vonnöten.
- 10.1.4. Der Bundesausschuss tagt mindestens 2-mal jährlich und wird vom Bundesvorstand einberufen und geleitet.
- 10.1.5. Eine Bundesausschusssitzung kann auf Antrag von einem Drittel seiner stimmberechtigten Mitglieder, des Bundesvorstands, einer/einem der Rechnungsprüfer:innen oder des Schiedsgerichts einberufen werden.
- 10.1.6. Die Einladung zum Bundesausschuss ergeht mindestens sechs Wochen vor der Sitzung. In dringenden Fällen kann diese Frist auf vier Tage verkürzt werden. Die Dringlichkeit ist zu begründen.
- 10.1.7. Antragstellung: Anträge an den Bundesausschuss müssen zwei Wochen vor der Sitzung beim Bundesvorstand eingebracht werden. Dringlichkeitsanträge, Anträge, die direkt in der Sitzung eingebracht werden, bedürfen einer Zulassung von zwei Dritteln der Stimmberechtigten, um behandelt zu werden. Die Abwahl von Funktionen und Statutenänderungen sind nicht durch dringliche Anträge möglich.

10.2. **Aufgaben des Bundesausschusses / Einfache Mehrheit:**

- 10.2.1. Behandlung fristgerecht eingebrachter Anträge.
- 10.2.2. Entscheidung über Ausgaben, die 7.500€ übersteigen und nicht im Jahresvoranschlag aufgeführt sind.
- 10.2.3. Annahme des halbjährlichen Finanzberichts des/der Bundesfinanzreferent:in.
- 10.2.4. Erarbeitung politischer Strategieschwerpunkte.
- 10.2.5. Diskussion über Strategien und deren Umsetzung, sowie Feedback zu den im Rahmen dessen durchgeführter Projekte.
- 10.2.6. Annahme von Berichten des Bundesvorstands.
- 10.2.7. Beschluss von Positionierungen und Teilprogrammen auf Grundlage der Grundlagen- bzw. Programmbeschlüsse des Bundeskongresses.
- 10.2.8. Zulassung von Statutenanträgen bevor diese dem Bundeskongress zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
- 10.2.9. Bestätigung von Anstellungen und Aufwandsentschädigungen.
- 10.2.10. Kooptierung bei Ausscheiden von einem/r Rechnungsprüfer:in.
- 10.2.11. Kooptierung bei Ausscheiden von max. zwei Vorstandsmitgliedern.
- 10.2.12. Bestellung einer/eines vorläufigen Schiedsrichter:in.
- 10.2.13. Entscheidung über Aberkennung von Mitgliedschaften.
- 10.2.14. Bestätigung der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Geschäftsbereichsleitungen.

10.3. **Aufgaben des Bundesausschusses / Zweidrittelmehrheit:**

- 10.3.1. Behandlung von Misstrauensanträgen, sowie Beschlussfassung über die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern.
- 10.3.2. Beschluss über die Aufnahme bzw. den Ausschluss von Teilorganisationen.

10.4. Notkompetenz des Bundesausschusses: Dem Bundesausschuss obliegt in äußerst dringenden Fällen die Fassung von Beschlüssen, die eines Bundeskongresses bedürften, wenn die Einberufung des Bundeskongresses innerhalb der vorgegebenen Frist nicht möglich ist. Dieser ist gleichzeitig mit kürzest möglicher Fristsetzung einzuberufen. Beschlüsse in Notkompetenz sind dem nächsten Bundeskongress zur Bestätigung vorzulegen. Die Notkompetenz gilt nicht für Statutenänderungen, Verschmelzung und die Auflösung des Vereins.

§ 11 Bundesvorstand

11.1. Grundlagen:

- 11.1.1. Der Bundesvorstand ist das Leitungsorgan des Vereins im Sinne des VerG 2002.
- 11.1.2. Der Bundesvorstand ist entscheidungsbefugt im Rahmen der Beschlüsse von Bundeskongress und Bundesausschuss und setzt deren Beschlüsse um.
- 11.1.3. Der Bundesvorstand tagt mindestens fünf Mal jährlich.
- 11.1.4. Der Bundesvorstand kann per Umlaufbeschluss entscheiden und Bundesvorstandssitzungen mittels Telefonkonferenz abhalten.

11.2. Zusammensetzung des Bundesvorstands:

- 11.2.1. Dem Bundesvorstand gehören mindestens 5 oder maximal 7 stimmberechtigte Mitglieder an.
- 11.2.2. Der Bundeskongress wählt folgende Bundesvorstandsmitglieder:
 - 11.2.2.1. den/die BundessprecherIn
 - 11.2.2.2. den/die BundesfinanzreferentIn.
 - 11.2.2.3. den/die Politische/n GeschäftsführerIn.
 - 11.2.2.4. der Bundeskongress wählt mindestens 2 bzw. maximal 4 allgemeine Mitglieder ohne spezifische Funktion im Bundesvorstand je nach Maßgabe der Anzahl der Kandidaturen sowie der entfallenen Stimmen auf die KandidatInnen. KandidatInnen für die allgemeinen Mitglieder im Vorstand müssen mehr als die Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen erhalten um gewählt zu werden.
- 11.2.3. Der Bundesvorstand ist mindestparitätisch zu besetzen, zudem muss mindestens eine der drei benannten Funktionen eine Frau sein.

11.3. Aufgaben des Bundesvorstandes:

- 11.3.1. Behandlung von an den Bundesvorstand gerichteten schriftlichen Anfragen und Anträgen in der jeweils nächsten Sitzung ab Kenntnisnahme.
- 11.3.2. Vorbereitung des Bundeskongresses und des Bundesausschusses.
- 11.3.3. Umsetzung und Sicherstellung von Beschlüssen übergeordneter Organe.
- 11.3.4. Politische Unterstützung, Koordination der Arbeit und Aufbau der Teilorganisationen.
- 11.3.5. Verantwortung für Umsetzung der programmatischen Ausrichtung.
- 11.3.6. Erstellung des jährlichen Jahresvoranschlags.
- 11.3.7. Entscheidung über Ausgaben für politische Arbeit innerhalb des Budgets und bis zu maximal 7.500 € bei Abweichungen vom Jahresvoranschlag.
- 11.3.8. Sicherstellung einer transparenten Finanzgebarung.
- 11.3.9. Bestätigung der Aufnahme von Mitgliedern bzw. Entscheidungen zur Ruhendstellung einer Mitgliedschaft.
- 11.3.10. Erstellung von regelmäßigen Rechenschaftsberichten an den Bundeskongress und den Bundesausschuss.
- 11.3.11. Die politische Koordination der bundesweiten Arbeit der Jungen Linken.
- 11.3.12. Der Bundesvorstand kann Projektgruppen zur Erledigung seiner Arbeit einsetzen und überträgt im Rahmen seiner Befugnisse Zuständigkeiten. Die Modalitäten der Projektgruppe sind mit Beschluss festzuhalten. Der Vorstand benennt eine/n Leiter:in der Projektgruppe. Die Projektgruppe ist dem Bundesvorstand berichtspflichtig. Der Bundesvorstand bleibt letztverantwortlich.
- 11.3.13. Bestellung einer/s Schriftführer:in aus seiner Mitte. Der/die Schriftführer:in kann nicht Politische/r Geschäftsführer:in, Bundesfinanzreferent:in oder Bundessprecher:in sein.
- 11.3.14. Alle nicht im Statut an anderer Stelle geregelten Aufgaben fallen automatisch an den Bundesvorstand.

11.4. Vertretungsbefugnis:

- 11.4.1. Schriftliche Ausfertigungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschrift der/des Politischen GeschäftsführerIn, in Geldangelegenheiten (vermögenswerte Dispositionen) vertreten die/der Politische GeschäftsführerIn und die/der BundesfinanzreferentIn den Verein nach außen. Rechtsgeschäfte zwischen Bundesvorstandsmitgliedern und Verein bedürfen der Zustimmung eines weiteren Bundesvorstandsmitglieds.
 - 11.4.2. Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von der/dem Politische/r Geschäftsführer:in und Bundesfinanzreferent:in gemeinsam erteilt werden.
- 11.5. Notkompetenz / Gefahr in Verzug: Dem Bundesvorstand obliegt in äußerst dringenden Fällen die Fassung von Beschlüssen, die einem Bundesausschuss bedürften, wenn die Einberufung des Bundesausschusses innerhalb der vorgegebenen Frist nicht möglich ist. Dieser ist gleichzeitig mit kürzest möglicher Fristsetzung einzuberufen. Beschlüsse in Notkompetenz sind dem nächsten Bundesausschuss zur Bestätigung vorzulegen.
- 11.6. **9.6. Besondere Obliegenheiten der/des Bundessprecher:in:**
- 11.6.1. Politische Vertretung des Vereins nach außen.
 - 11.6.2. Politische Vertretung des Vereins bei der Kooperation und Vernetzung mit Initiativen, Vereinen, NGOs, Parteien, etc.
 - 11.6.3. Vertretung der Interessen der Mitglieder des Vereins nach außen
 - 11.6.4. Vertretung der Interessen der Mitglieder des Vereins innerhalb des Verbands.
 - 11.6.5. Repräsentation der Organisation im Vereinsleben.
 - 11.6.6. Im Falle einer Verhinderung der/des Bundessprecher:in tritt ein in der ersten Sitzung eines neu gewählten Vorstands als stellvertretende:r Bundessprecher:in bestimmtes Bundesvorstandsmitglied. Im Falle einer Verhinderung der/des Bundessprecher:in und ihrer/seiner Stellvertretung tritt der/die Politische Geschäftsführer:in.
- 11.7. **Besondere Obliegenheiten der/des Politischen Geschäftsführer:in:**
- 11.7.1. Verantwortung für die Leitung der politischen Geschäfte des Vereins sowie die Organisation im Allgemeinen und organschaftliche Vertretung des Vereins.
 - 11.7.2. Einberufung aller Sitzungen von Bundeskongress, Bundesausschuss und Bundesvorstand in Absprache mit der/dem Bundessprecher:in.
 - 11.7.3. Koordination der Gremien, sowie organisatorische und inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Sitzungen.
 - 11.7.4. Leitung der Bundesgeschäftsstelle, sowie organisatorische und administrative Belange.
 - 11.7.5. Verantwortung für Koordination und Aufbau der Bezirksorganisationen sowie die Organisationsentwicklung des Vereins und seiner Organe.
 - 11.7.6. Verantwortung für Strategie- und Positionsentwicklung des Vereins.
- 11.8. **Besondere Obliegenheiten der/des Bundesfinanzreferent:in:**
- 11.8.1. Für finanzielle Belange und Verwaltung der Vermögenswerte des Vereins zuständig.
 - 11.8.2. Für statutenkonforme Mittelverwendung und ordnungsgemäße Geldgebarung der Bundesorganisation und der Bezirksorganisationen verantwortlich.
 - 11.8.3. Erstellung eines Jahresvoranschlags. Nach Beschluss des Bundesvorstands erfolgt die Vorlage an den Bundesausschuss.
 - 11.8.4. Erstellung eines halbjährlichen Finanzberichts und Vorlage an den Bundesausschuss.
 - 11.8.5. Im Falle einer Verhinderung der/des Bundesfinanzreferent:in tritt ein als in der ersten Sitzung eines neu gewählten Vorstands als stellvertretendeR Bundesfinanzreferent:in bestimmtes Bundesvorstandsmitglied.

§ 12 Landeskongress

12.1. Grundlage & Einberufung:

- 12.1.1. Der Landeskongress ist die Mitgliederversammlung einer Landesorganisation.
- 12.1.2. Die Beschlüsse des Landeskongress sind für Landesvorstand, Landesausschuss und Bezirksgruppen bindend.
- 12.1.3. Der Landeskongress besteht aus den Mitgliedern der Jungen Linken der jeweiligen Landesorganisation.
- 12.1.4. Der Landeskongress tagt einmal jährlich. Er wird vom Landesvorstand einberufen und geleitet.
- 12.1.5. Die Einladung ergeht schriftlich oder per E-Mail an alle Mitglieder, wobei die vorläufige Tagesordnung, sowie ein Vorschlag für Ort und Termin enthalten sein müssen. Die Einladung muss mindestens vier Wochen vor dem Landeskongress den Mitgliedern zugesandt werden.
- 12.1.6. Der Landeskongress kann Beschlüsse von Landesvorstand, Landesausschuss und Bezirksgruppen der Landesorganisation aufheben und abändern, Neuwahlen von Funktionen ausschreiben und abhalten. Beschlüsse des Landeskongresses können nur von diesem selbst aufgehoben werden.

12.2. Antragsstellung:

- 12.2.1. Anträge an den Landeskongress müssen zwei Wochen vor der Sitzung beim Landesvorstand eingebracht werden.
- 12.2.2. Wenn hier nicht anders angegeben, gelten die Bestimmungen für Abänderungs-, Ergänzungs- und Gegenanträge zu Anträgen beim Bundeskongress sinngemäß auch für den Landeskongress. Die Anträge müssen bis zwei Tage vor der Sitzung beim Landesvorstand eingebracht werden.

12.3. Aufgaben des Landeskongresses/ Einfache Mehrheit:

- 12.3.1. Behandlung fristgerecht eingebrachter Anträge.
- 12.3.2. Beschlussfassungen zur grundlegenden Arbeit der Landesorganisation, der Strategie und der Schwerpunktsetzung.
- 12.3.3. Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsberichts des Landesvorstands, sowie finanzielle Entlastung des Landesvorstands.
- 12.3.4. Beschluss über den Jahresvoranschlag, sowie das Jahresvorhaben.
- 12.3.5. Wahl der Mitglieder des Landesvorstands
- 12.3.6. Bestätigung von Anstellungen und Aufwandsentschädigungen.

12.4. Aufgaben des Landeskongresses / Zweidrittelmehrheit:

- 12.4.1. Auflösung der Landesorganisation

12.5. Außerordentlicher Landeskongress:

- 12.5.1. Ein außerordentlicher Landeskongress ist einzuberufen auf Beschluss des Landeskongresses, auf Antrag von 10% der Mitglieder der Landesorganisation, des Landesvorstands, des Landesausschusses, des Bundesvorstands, des Bundesausschusses, einer/einem Rechnungsprüfer:in, des Schiedsgerichts.
- 12.5.2. Die Einberufung des Außerordentlichen Landeskongresses muss spätestens zwei Wochen vor der Sitzung eingebracht werden. Anträge können bis spätestens 5 Tage vor der Sitzung eingebracht werden, Abwahlen oder Neuwahlen, Statutenänderungen, sowie die Auflösung oder Verschmelzung des Vereins können nicht beschlossen werden.
- 12.5.3. Wenn hier nicht anders geregelt gelten die Bestimmungen für den ordentlichen Landeskongress sinngemäß für den Außerordentlichen Landeskongress.

§ 13 Landesausschuss

13.1. Grundlage & Einberufung:

- 13.1.1. Der Landesausschuss kann einberufen werden, sobald die Landesorganisation zumindest 5 Bezirksgruppen hat. Ist das nicht der Fall, fallen alle Aufgaben des Landesausschuss automatisch an den Landeskongress.
- 13.1.2. Der Landesausschuss ist ein dauerhaft eingerichtetes Organ. Der Landesausschuss besteht aus den Bezirksvorständen der Bezirksgruppen der Landesorganisation, jedoch höchstens zwei Personen, paritätisch pro Bezirksgruppe. Der Landesvorstand ist nicht stimmberechtigter Teil des Landesausschusses.
- 13.1.3. Der Landesausschuss kontrolliert die laufende Arbeit des Landesvorstands.
- 13.1.4. Der Landesausschuss tagt mindestens einmal jährlich und wird von dem/der politischen Landesgeschäftsführerin einberufen und geleitet.
- 13.1.5. Eine Landesausschusssitzung kann auf Antrag von einem Drittel seiner stimmberechtigten Mitglieder, des Landesvorstands, einer/einem der Rechnungsprüfer:innen oder des Schiedsgerichts einberufen werden.
- 13.1.6. Die Einladung zum Landesausschuss ergeht mindestens zwei Wochen vor der Sitzung. In dringenden Fällen kann diese Frist auf vier Tage verkürzt werden. Die Dringlichkeit ist zu begründen.
- 13.1.7. Antragstellung: Anträge an den Landesausschuss müssen eine Woche vor der Sitzung beim Landesvorstand eingebracht werden.

13.2. Aufgaben des Landesausschusses / Einfache Mehrheit:

- 13.2.1. Behandlung fristgerecht eingebrachter Anträge.
- 13.2.2. Entscheidung über Ausgaben, die in 5.000€ übersteigen und nicht im Jahresvoranschlag aufgeführt sind.
- 13.2.3. Annahme des halbjährlichen Finanzberichts des/der LandesfinanzreferentIn.
- 13.2.4. Erarbeitung politischer Strategieschwerpunkte
- 13.2.5. Diskussion über Strategien und deren Umsetzung, sowie Feedback zu den im Rahmen dessen durchgeführter Projekte.
- 13.2.6. Annahme von Berichten des Landesvorstands
- 13.2.7. Kooptierung bei Ausscheiden von max. zwei Vorstandsmitgliedern.

13.3. Aufgaben des Landesausschusses / Zweidrittelmehrheit:

- 13.3.1. Behandlung von Misstrauensanträgen, sowie Beschlussfassung über die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern.

13.4. Notkompetenz des Landesausschusses: Dem Landesausschuss obliegt in äußerst dringenden Fällen die Fassung von Beschlüssen, die eines Landeskongresses bedürften, wenn die Einberufung des Landeskongresses innerhalb der vorgegebenen Frist nicht möglich ist. Dieser ist gleichzeitig mit kürzest möglicher Fristsetzung einzuberufen. Beschlüsse in Notkompetenz sind dem nächsten Landeskongress zur Bestätigung vorzulegen. Die Notkompetenz gilt nicht für Statutenänderungen, Verschmelzung und die Auflösung des Vereins.

§ 14 Landesvorstand

14.1. Grundlagen:

- 14.1.1. Der Landesvorstand ist entscheidungsbefugt im Rahmen der Beschlüsse von Landeskongress und Landesausschuss und setzt deren Beschlüsse um.
- 14.1.2. Der Landesvorstand tagt mindestens fünf Mal jährlich.
- 14.1.3. Der Landesvorstand kann per Umlaufbeschluss entscheiden und Landesvorstandssitzungen mittels Telefonkonferenz abhalten.

14.2. 9.2. Zusammensetzung des Landesvorstands:

- 14.2.1. Dem Landesvorstand gehören mindestens 3 und maximal 6 stimmberechtigte Mitglieder an.

14.2.2. Der Landeskongress wählt folgende Landesvorstandsmitglieder:

.14.2.2.1. den/die Landessprecher:in

.14.2.2.2. den/die Landesfinanzreferent:in.

.14.2.2.3. den/die Politische:n Landesgeschäftsführer:in.

.14.2.2.4. der Landeskongress wählt bis zu drei allgemeine Mitglieder ohne spezifische Funktion im Landesvorstand je nach Maßgabe der Anzahl der Kandidaturen sowie der entfallenen Stimmen auf die KandidatInnen. KandidatInnen für die allgemeinen Mitglieder im Vorstand müssen mehr als die Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen erhalten um gewählt zu werden.

14.2.3. Der Landesvorstand ist mindestparitätisch zu besetzen, zudem muss mindestens eine der drei benannten Funktionen eine Frau sein.

14.3. Aufgaben des Landesvorstands:

14.3.1. Behandlung von an den Landesvorstand gerichteten schriftlichen Anfragen und Anträgen in der jeweils nächsten Sitzung ab Kenntnisnahme.

14.3.2. Vorbereitung des Landeskongresses und des Landesausschusses.

14.3.3. Umsetzung und Sicherstellung von Beschlüssen übergeordneter Organe.

14.3.4. Politische Unterstützung, Koordination der Arbeit und Aufbau der Bezirksgruppen.

14.3.5. Verantwortung für Umsetzung der programmatischen Ausrichtung.

14.3.6. Erstellung des Jahresvoranschlags.

14.3.7. Entscheidung über Ausgaben für politische Arbeit innerhalb des Budgets und bis zu maximal 5.000 € bei Abweichungen vom Jahresvoranschlag.

14.3.8. Sicherstellung einer transparenten Finanzgebarung.

14.3.9. Erstellung von regelmäßigen Rechenschaftsberichten an den Landeskongress und den Landesausschuss.

14.3.10. Die politische Koordination der landesweiten Arbeit der Jungen Linken.

14.3.11. Der Landesvorstand kann Projektgruppen zur Erledigung seiner Arbeit einsetzen und überträgt im Rahmen seiner Befugnisse Zuständigkeiten. Die Modalitäten der Projektgruppe sind mit Beschluss festzuhalten. Der Vorstand benennt eine:n Leiter:in der Projektgruppe. Die Projektgruppe ist dem Landesvorstand berichtspflichtig. Der Landesvorstand bleibt letztverantwortlich.

14.3.12. Bestellung einer/eines Schriftführers/Schriftführerin aus seiner Mitte.

14.4. Vertretungsbefugnis:

14.4.1. Schriftliche Ausfertigungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschrift der/des Politischen Landesgeschäftsführer:in, in Geldangelegenheiten (vermögenswerte Dispositionen) vertreten die:der Politische Landesgeschäftsführer:in und die:der Landesfinanzreferent:in den Landesverein nach außen. Rechtsgeschäfte zwischen Landesvorstandsmitgliedern und Verein bedürfen der Zustimmung eines weiteren Landesvorstandsmitglieds.

14.4.2. Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Landesverein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von der:dem Politische:r Landesgeschäftsführer:in und Landesfinanzreferent:in gemeinsam erteilt werden.

14.5. Notkompetenz / Gefahr in Verzug: Dem Landesvorstand obliegt in äußerst dringenden Fällen die Fassung von Beschlüssen, die einem Landesausschuss bedürften, wenn die Einberufung des Landesausschuss innerhalb der vorgegebenen Frist nicht möglich ist. Dieser ist gleichzeitig mit kürzest möglicher Fristsetzung einzuberufen. Beschlüsse in Notkompetenz sind dem nächsten Landesausschuss zur Bestätigung vorzulegen.

- 14.6. Besondere Obliegenheiten der/des Landessprecher:in:
- 14.6.1. Politische Vertretung der Landesorganisation nach außen.
 - 14.6.2. Politische Vertretung der Landesorganisation bei der Kooperation und Vernetzung mit Initiativen, Vereinen, NGOs, Parteien, etc.
 - 14.6.3. Vertretung der Interessen der Mitglieder der Landesorganisation nach außen.
 - 14.6.4. Vertretung der Interessen der Mitglieder der Landesorganisation innerhalb des Verbands.
 - 14.6.5. Repräsentation der Landesorganisation im Vereinsleben.
 - 14.6.6. Im Falle einer Verhinderung der/des Landessprecher:in tritt ein als in der ersten Sitzung eines neu gewählten Vorstands als stellvertretende:r Landessprecher:in bestimmtes Landesvorstandsmitglied an diese Stelle. Im Falle einer Verhinderung der/des Landessprecher:in und ihrer:seiner Stellvertretung tritt der:die Politische Landesgeschäftsführer:in an diese Stelle.
- 14.7. Besondere Obliegenheiten der/des Politischen Landesgeschäftsführer:in:
- 14.7.1. Verantwortung für die Leitung der politischen Geschäfte der Landesorganisation.
 - 14.7.2. Einberufung aller Sitzungen von Landeskongress, Landesausschuss und Landesvorstand in Absprache mit der:dem Landessprecher:in.
 - 14.7.3. Koordination der Gremien, sowie organisatorische und inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Sitzungen.
 - 14.7.4. Leitung der Landesgeschäftsstelle, sowie organisatorischer und administrativer Belange.
 - 14.7.5. Verantwortung für Koordination und Aufbau der Bezirksorganisationen sowie die Organisationsentwicklung des Vereins und seiner Organe.
 - 14.7.6. Verantwortung für Strategie- und Positionsentwicklung der Landesorganisation.
- 14.8. Besondere Obliegenheiten der/des Landesfinanzreferent:in:
- 14.8.1. Für finanzielle Belange und Verwaltung der Vermögenswerte der Landesorganisation zuständig.
 - 14.8.2. Für statutenkonforme Mittelverwendung und ordnungsgemäße Geldgebarung der Landesorganisation und der Bezirksorganisationen verantwortlich.
 - 14.8.3. Erstellung eines Jahresvoranschlags.
 - 14.8.4. Erstellung eines halbjährlichen Finanzberichts und Vorlage an den Landesausschuss.
 - 14.8.5. Im Falle einer Verhinderung der/des Landesfinanzreferent:in tritt ein als in der ersten Sitzung eines neu gewählten Vorstands als stellvertretende:r Landesfinanzreferent:in bestimmtes Landesvorstandsmitglied.

§ 15 Geschäftsbereiche

- 15.1. Einsetzung und Aufgabe: Geschäftsbereiche sind dem Bundesvorstand untergeordnete Exekutivorgane, die diesen in seinen ausführenden Tätigkeiten unterstützen sollen. Geschäftsbereiche werden vom Bundesvorstand für ein Jahr eingesetzt.
- 15.2. Jedem Geschäftsbereich steht ein:e, vom Bundesausschuss zu bestätigende:r Leiter:in vor.
- 15.3. Zusammensetzung: Einem Geschäftsbereich gehören maximal 7, vom Bundesvorstand zu bestimmende Projektteams und deren Mitglieder an.
- 15.4. Jedem Projektteam steht eine vom Bundesvorstand zu bestimmende Projektleitung vor. Die Projektleitungen tauschen sich in regelmäßigen Abständen mit der Geschäftsbereichsleitung aus.
- 15.5. Die Mitglieder der Geschäftsbereiche sind dem Bundesvorstand berichtspflichtig. Entscheidungen der Geschäftsbereiche sind dem Bundesvorstand vorzulegen und von diesem zu bestätigen.

§ 16 Arbeitsforen

- 16.1. Einsetzung und Aufgabe: Arbeitsforen werden vom Bundeskongress zur Vorbereitung programmatischer Prozesse für ein Jahr eingesetzt. Die Arbeitsweise ist weitgehend autonom im Rahmen des Statuts und der Beschlüsse des Bundeskongresses, Bundesvorstands und Bundesausschusses.
- 16.2. Zusammensetzung: Einem Arbeitsforum gehören maximal 15 Mitglieder an. Aus Landesorganisationen können 9 Personen entsandt werden. Jede Landesorganisation hat Anrecht auf einen Sitz. Der Bundesvorstand kann maximal sechs weitere Mitglieder entsenden. Damit ein Arbeitsforum zustande kommt müssen mehr als zwei Landesorganisationen beteiligt sein.
- 16.3. Ergebnisse aus den Arbeitsforen sind dem Bundesvorstand und dem Bundeskongress vorzulegen und zu berichten.
- 16.4. Arbeitsforen können Anträge an den Bundeskongress, sowie den Bundesausschuss stellen.
- 16.5. Jedes Arbeitsforum wählt eine:n Arbeitsforenleiter:in aus ihrer Mitte, die in Kontakt mit dem Bundesvorstand und der politischen Geschäftsführung steht und den Mitgliedern des Arbeitsforums berichtspflichtig ist.

§ 17 Alumni-Netzwerk

- 17.1. Das Alumni-Netzwerk organisiert Alumni-Mitglieder der Jungen Linken.
- 17.2. Aufgabe des Netzwerks ist es, Kontakt und Austausch mit ehemaligen ordentlichen Mitgliedern, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, zu halten und die Erfahrungen der Alumni-Mitglieder für die Organisation nutzbar zu machen. Für den Austausch und Kontakt mit den Alumni-Mitgliedern ist ein jährliches Alumni-Treffen vom Bundesvorstand einzuberufen.

§ 18 Schiedsgericht

- 18.1. Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht zu berufen. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.
- 18.2. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Personen zusammen. Es wird derart gebildet: jeder Streitteil macht dem Schiedsgericht eine Person schriftlich namhaft. Der Bundeskongress wählt eine:n Vorsitzende:n des Schiedsgerichts mit einer Funktionsdauer von fünf Jahren. Die:der Vorsitzende des Schiedsgerichts kann innerhalb seiner:ihrer Funktionsperiode nicht seines:ihrer Amtes enthoben werden. Die Beendigung der Funktion erfolgt durch Tod, Austritt oder schriftlichen Rücktritt an den Bundesvorstand. Nach Beendigung der Funktion des:der Vorsitzenden des Schiedsgerichts kann der Bundesausschuss eine:n vorläufige:n SchiedsrichterIn bestellen.
- 18.3. Über Aufforderung durch die:den Vorsitzende:n des Schiedsgerichts binnen sieben Tagen machen beide Streitteile binnen 14 Tagen jeweils ein Mitglied als Schiedsrichter:in namhaft. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme des Bundeskongresses – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist. Die Mitglieder dürfen nicht finanziell vom Verein abhängig sein.
- 18.4. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit binnen zwei Wochen. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.
- 18.5. Die Verhandlung findet öffentlich statt. Das Schiedsgericht ist berechtigt, Zeug:innen vorzuladen und Beweise aufzunehmen.
- 18.6. Über die Sitzung des Schiedsgerichtes ist Protokoll zu führen. Die Entscheidung des Schiedsgerichtes ist schriftlich auszufertigen und den Beteiligten zuzustellen.

§ 19 Rechnungsprüfer:innen

- 19.1. Die Rechnungsprüfung besteht aus zwei Personen, sie wird vom Bundeskongress für zwei Jahre gewählt. Die Rechnungsprüfer:innen sind ausschließlich dem Bundeskongress verantwortlich. Die Rechnungsprüfer:innen können keine weiteren Funktionen innerhalb des Vereins ausüben.
- 19.2. Die Rechnungsprüfer:nnen haben laufend zu überprüfen, ob die Beschlüsse des Bundeskongresses und Sitzungen anderer Organe durchgeführt bzw. eingehalten werden.

19.3. Sie haben die laufende Überprüfung der Finanzgebarung, der Kassen und des Vereinsvermögens wahrzunehmen sowie die politische und finanzielle Rechtmäßigkeit von Anschaffungen, Förderungen und das Inventar zu kontrollieren und gegebenenfalls Unstimmigkeiten aufzuzeigen.

19.4. Die Rechnungsprüfer:innen sind berechtigt, an allen Sitzungen teilzunehmen.

§ 20 Auflösung und Verschmelzung

20.1. 17.1. Über die Auflösung oder die Verschmelzung der Organisation mit einer anderen entscheidet ein eigens dafür einberufener Bundeskongress mit 3/4-Mehrheit.

20.2. Dieser Bundeskongress hat auch über die weitere Verwendung des verbleibenden Vermögens zu beschließen und im Falle einer Auflösung eine:n Liquidator:in zu bestellen.

20.3. Die:Der Liquidator:in hat das Vereinsvermögen zu verwalten und zu verwerten. Sie:Er hat die noch laufenden Geschäfte zu beenden, Forderungen des Vereins einzuziehen und Gläubiger:innen des Vereins zu befriedigen.

20.4. Das verbleibende Vermögen ist, soweit dies möglich und erlaubt ist, dem Vereinszweck, sonst Zwecken der Sozialhilfe zuzuführen.

20.5. An die Vereinsmitglieder darf im Fall der freiwilligen Auflösung des Vereins nicht mehr als der eingezahlte Kapitalanteil und den Wert ihrer Sacheinlage, wie in § 3, Abs. 2 formuliert, ausbezahlt werden.

§ 21 Statutenänderungen

21.1. Statutenänderungen erlangen ab Beschluss durch den Bundeskongress Gültigkeit.